

Wirtschaftskrise und Reparationen.

Ein Interview Dr. Brüning's.

Berlin, 27. August.

Dem Vertreter der „United Press“ gewährte Reichskanzler Dr. Brüning ein Interview, wobei er u. a. folgendes ausführte:

Der einzige Ausweg aus der sich weiterhin verschärfenden Weltwirtschaftskrise besteht nach meiner Ansicht in einem möglichst engen Zusammenwirken, um dem Abgleiten der Preise Einhalt zu tun. Die Kaufkraft Deutschlands und Europas sinkt, die Märkte schrumpfen ein. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, so muß sie zu einer Beschränkung des Produktionsapparates in der ganzen Welt führen. Es ist unbedingt notwendig, daß die wirtschaftlich geschwächten Länder wieder in die Lage versetzt werden, zu kaufen. Vorbedingung dazu sind Wirtschaftsfriede und politische Ruhe. Das Einschrumpfen der Kaufkraft in Südamerika, China und Rußland, macht sich fühlbar. Wir, die Vereinigten Staaten und andere Länder, erleiden durch die Beschränkung der Märkte schwere Einbußen.

Ueber den Bericht des Wiggin-Ausschusses sagte Brüning: „Der Bericht ist klar und überzeugend, aber für gewisse Probleme mußte er Umschreibungen anwenden.“ Auf die Frage, wie er sich die weitere Entwicklung des Reparationsproblems vorstelle, erwiderte er:

„Die Zukunft der Reparationen hängt von den Vereinigten Staaten ab. Es wäre unpraktisch, wenn wir uns unsere Ansicht nur vom rein deutschen Standpunkt bilden würden. Ich erwarte keine entscheidende Wendung, bevor das Bundesparlament in Washington im Dezember zusammengetreten ist.“

Hinsichtlich des von französischer Seite angeregten zehnjährigen politischen Moratoriums zwischen Frankreich und Deutschland meinte der Kanzler:

„Diese Frage soll jetzt nicht in die Debatte geworfen werden.“

Wir müssen uns erst mit den anderen Mächten und besonders Frankreich über konkrete Wirtschaftsfragen, in erster Linie die Zölle und die internationalen Kartelle, einigen.“

Ueber die Zollunion sagte Brüning: „Wenn das Haager Urteil für uns günstig ausfällt, so wird die Welt erkennen, daß Deutschland das Weltproblem der Zölle der Lösung einen Schritt näher gebracht hat. Nachdem Deutschland seine Bereitschaft erklärt hat, mit anderen Ländern über ähnliche Zollunionen zu verhandeln, würden wir dann erwarten, daß uns die anderen Regierungen eine konstruktive Lösung vorschlagen.“

Zur Lösung der gewaltigen internationalen Probleme hält Brüning Besprechungen zwischen den leitenden Staatsmännern unter den gegenwärtigen Umständen für erfolgversprechender als Verhandlungen im Völkerbund.

Zur Frage des Panzerkreuzers B erklärte der Kanzler, es sei nicht angebracht, diese Angelegenheit zum Gegenstand internationaler Erörterungen zu machen. Ueber die voraussichtliche

Lage im nächsten Winter

sagte der Kanzler: „Für Deutschland und die ganze Welt wird dieser Winter mehr Schwierigkeiten bieten, als man seit einem Jahrhundert erlebt hat. Indessen bin ich hinsichtlich Deutschlands sehr optimistisch.“

Denn die deutsche Not hat gezeigt, welches Maß von Selbstbeherrschung das deutsche Volk besitzt, wenn es einmal die Notwendigkeit, ruhig Blut zu bewahren, erkannt hat.

Unsere Maßnahmen gegen die Schwierigkeiten werden in weiteren Ersparnissen, besonders bei den Finanzen der Einzelstaaten und Gemeinden und beim Ausgleich der Haushalte bestehen. Der Reichshaushalt ist im allgemeinen in Ordnung. Ungeachtet der jüngsten Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung stiegen diese Ausgaben infolge der Zunahme der Arbeitslosigkeit. Vielleicht werden wir in Deutschland im nächsten Winter 7 Millionen Arbeitslose haben.“ Zur

Finanzwirtschaftlichen Lage

erklärte der Kanzler: „Die Schaffung einer Reichsaufsicht über die Banken soll dazu dienen, Wiederholungen früherer Mißgriffe zu verhüten. Sie soll auch nicht weitergehen, als die in den Vereinigten Staaten eingeführten Methoden der Banken-Aufsicht. Ebenso falsch wäre es, die Absichten der Regierung hinsichtlich der deutschen Kartelle auch nur entfernt mit dem Gedanken eines Staatskapitalismus in Verbindung zu bringen.“

Ich kann jedoch sagen, daß wir entschlossen sind, die Kartellpreise in Deutschland im Winter herunterzubringen. Die Kartelle ermäßigen zum Teil bereits ihre Preise und einige Kartelle haben sich bereits aufgelöst. Sollte es sich aber als notwendig erweisen, so wird die Regierung nicht davor zurückschrecken, die Kartelle überhaupt zu liquidieren.“

Das Wirtschaftsprogramm der Industrie

Köln, 27. August.

In der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht Dr. Herle, der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, eine Inhaltsdarstellung des Wirtschaftsprogramms, das der Reichsverband dem Reichskanzler vor einigen Tagen übergeben hat. Die Ausführungen tragen die Ueberschrift „Der Weg zur Selbsthilfe“. Sie gehen davon aus, daß trotz der Empfehlungen des Layton-Berichtes man sich nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, daß Deutschland auf absehbare Zeit doch auf den Weg der Selbsthilfe angewiesen sei. Diese Selbsthilfe müsse unter strikter Anwendung des wirtschaftlichen Grundgesetzes erfolgen, das das zu erstrebende Ziel mit den sparsamsten Mitteln erreicht werden müsse.

Im einzelnen werden die Vorschläge wie folgt skizziert: „Im Mittelpunkt des Selbsthilfeprogramms muß die organische Umgestaltung der Selbsthilfen im Sinne einer mög-

lichst weitgehenden Herabdrückung der Selbstkosten und einer Anpassung aller Leistungsverträge an das gegenwärtige Wirtschaftsvolumen stehen. Dieser Grundsatz ist auf sämtliche Faktoren anzuwenden, auf die öffentliche Hand, die sozialen Belastungen, auf Löhne und Gehälter. Daneben spielen aber auch die Kreditkosten eine besondere Rolle, und schließlich sind vor allem auch noch die Verkehrstarife und die Tarife der kommunalen Versorgungsbetriebe zu nennen. Auf allen diesen Gebieten sind durchgreifende Entschlüsse notwendig.“

Es gibt, wenn ein völliger Zusammenbruch der Wirtschaft noch abgewandt werden soll, nur den Weg, durch eine einschneidende Verringerung der Ausgaben und der Ausgaben aller Teile des Verwaltungsapparates mit größter Beschleunigung den Steuerdruck um mindestens zwei Milliarden zu mildern. Es werden ferner eine weitere Senkung der persönlichen Aufkosten sowohl in der öffentlichen Hand als auch in der Privatwirtschaft gefordert. Ferner werden schnelle Maßnahmen gefordert, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Gemeinden zu regeln. Ohne parteipolitische oder sonstige begründete Voreingenommenheit sollen diese Vorschläge geprüft und schnell behandelt werden.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler wird heute Nachmittag Geheimrat Hugenberg empfangen. Den Inhalt der Unterredung werden wahrscheinlich die deutschnationalen Wünsche, wie sie in der letzten Fraktionsitzung zum Ausdruck kamen, darstellen.

Reichskanzler Brüning ist Mittwoch früh in Berlin wieder eingetroffen. Eine Kabinettsitzung ist bisher noch nicht vor gesehen.

Der deutsche Botschafter in Moskau, von Dirdsen, ist in Berlin eingetroffen. Er wird der Reichsregierung über die russisch-französischen und russisch-polnischen Verhandlungen Bericht erstatten.

In der Zeitschrift „Der junge Bolschewik“ findet sich der Bericht einer Betriebszelle des kommunistischen Jugendverbandes, in dem es heißt: „Wir sind ein wichtiger Betrieb, in dem Waffen für die Reichswehr hergestellt werden. Die Bezirksleitung müßte mehr denn je auf diesen Betrieb achten.“ Aus dieser Feststellung geht hervor, daß es dieser bolschewistischen Organisation tatsächlich gelungen ist, in die Rüstungsbetriebe der deutschen Reichswehr einzudringen und dort bolschewistische Zellen zu errichten, deren Hauptzweck natürlich ist, groß angelegte Waffendiebstähle ins Werk zu setzen.

Die angekündigte Verordnung über die Aufhebung der Auslandsreisegebühr ab 26. August ist nunmehr am 25. August im Reichsgesetzblatt erschienen. Bereits entrichtete Gebühren werden hiernach nur erstattet, wenn die Grenze bis Ablauf des 25. August nicht überschritten worden ist. — Ebenso ist die Notverordnung des Reichspräsidenten über die steuerliche Erfassung bisher nicht versteuerten Werte und über die Steueramnestie im gleichen Reichsgesetzblatt erschienen.

Die maßgebenden Stellen des heftigen Staates und des Finanzausschusses der Stadt Darmstadt haben sich entschlossen, in eingehenden Besprechungen nochmals die Möglichkeit der Sanierung der Darmstädter Volksbank durchzusprechen. Der Status der Bank gibt Anlaß, daß diese Sanierungsverhandlungen Aussicht auf Erfolg haben, zumal die Bürgerschaft der Stadt Darmstadt durch eine weitere Rückbürgschaft von Freunden des Instituts, die Interesse an dessen Erhaltung haben, stark vermindert werden kann.

Der bekannte rheinische Kirchenführer, Vizepräsident der Generalsynode und des evangelischen Kirchentages, D. Walther Wolff, ist im Alter von 60 Jahren an den Folgen einer Vergiftung gestorben. Mit ihm verliert das evangelische Deutschland einen Führer großen Formats, dessen Wirken durch Weiblichkeit, Klarheit des Geistes, durchdringenden Wirklichkeitsinn und einer hohen schöpferischen Kraft der Gestaltung ausgezeichnet war. Seit mehr als einem Jahrzehnt bekleidete D. Wolff das Amt des Präsidenten der rheinischen Provinzialsynode.

Ungarn.

In den nächsten Tagen wird eine Regierungsverordnung ergehen, die den Verhältniskurs des Goldpengö zu dem Papierpengö mit 1:1 festsetzen wird. Auf Grund dieser Verordnung werde es ab 1. September nicht mehr notwendig sein, daß die Ungarische Nationalbank den Kurs des Pengö veröffentlicht. Die Grundlage zu dieser in jeder Beziehung beruhigenden Maßnahme bildet offenbar der Umstand, daß die Lage der Ungarischen Nationalbank die Befriedigung der berechtigten Devisenanprüche gestattet.

Asten.

Nachdem im Verlaufe einer Besprechung zwischen dem Vizekönig und Gandhi alle Schwierigkeiten, die einer Teilnahme Gandhis an der Londoner Konferenz am Runden Tisch entgegenstanden, aus dem Wege geräumt worden sind, wird Gandhi am 29. August nach England abreisen.

England.

Die Zahl der Arbeitslosen in England beträgt 2,719,376, das sind 5017 mehr als in der vorhergehenden Woche und 701,419 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Amerika.

Im mexikanischen Parlament kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Plötzlich zogen mehrere Abgeordnete ihre Revolver und es entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht. Dabei wurde ein Abgeordneter getötet.

Der Gouverneur von Nordkarolina, Gardner, erklärte, er sei mit dem Gesetz, durch das entsprechend dem Vorschlag des Gouverneurs von Louisiana der Anbau von Baumwolle im Süden des Landes für das nächste Jahr unterbunden werde, nur einverstanden, wenn durch ein Abkommen auch die Baumwollpflanzler im Ausland verpflichtet würden, sich dieser Maßregel anzuschließen.

Aus dem Ausland.

Waldenburg, 27. August 1931.

Wem öffnen wir?

Die Hausfrau befindet sich in diesen gefährlichen Zeiten in einer peinlichen Situation. Wem öffnet sie? Die Frage ist gar nicht so leicht zu entscheiden, denn die des Hauses muß sich und ihr Eigentum schützen, aber andererseits sind die Unbescholtenen und Anständigen sehr leidigt, wenn man ihnen entweder gar nicht öffnet oder sie hinter der Tür abfertigt. Die Stadtreisenden, die Haus zu Haus ziehen, haben unlängst erklärt, daß sie ihrer Empörung über die Behandlung, die man ihnen an den Toren läßt, einfach nicht mehr länger an sich halten können. Es ist vom Standpunkt des Händlers oder Vertreters ohne weiteres verständlich, daß es ihm zermürben wenn er Tür für Tür das Gleiche erlebt, wenn ihm weder überhaupt nicht geöffnet wird oder die Abgabe einfach durch die Türe erteilt wird. Aber die Hausfrau will sich schützen. Sie muß das sogar noch in viel größerem Maßstabe als sie das bisher getan hat, denn es hat sich erwiesen, daß viele Frauen noch zu leichtfertig und zu gläubig fremden Unbekannten ihre Türen öffnen. Auch anständig gekleideter Mensch kann schlechte Absichten haben. Ein scheinbar routiniertes Auftreten kann nur Kommissar sein. Was weiß man denn, was sich dahinter verbirgt, was haben wir gerade in dieser Beziehung schon alles erlebt! Nach meiner Meinung dürfte die Frau, die allein der Wohnung weilt, überhaupt keinem Unbekannten öffnen. Es kann bei aller Würdigung der Sitte und des Anstandes keiner Frau und keinem Mädel zugemutet werden, sich jedem Unbekannten, der am Tage vorpricht, auszuführen einzulassen, und es kann ihr erst recht nicht zugemutet werden, daß sie den Betreffenden vielleicht noch in der Stube nötigt. Man braucht deshalb nicht unhöflich und etwa ein paar unpassende Worte durch den Türspalt zu brüllen, das wäre verlegend und beleidigend. Entgegenüber gar nicht vernehmen lassen, oder aber den fremden Besucher höflich darauf aufmerksam machen, daß er wieder kommen möchte, wenn der Mann im Hause ist. Mit dieser Maßnahme bricht man nicht den Stab über die von Haus zu Haus ziehenden Vertreter, man verdächtigt sie auch nicht schlechter Taten und Eigenschaften, sondern man strebt mit nur einen Schutz für die eigene Familie und den eigenen Hausstand an, der schon darum ganz besonders notwendig sein wird, weil der Winter mit all seiner Sicherheit auch in krimineller Hinsicht weitere Ausweitungen zeigt!

Kriegsopferfürsorge und Städteprogramm.

In einer besonderen Sitzung hat der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegshinterbliebenen zu dem vom Vorstand der Deutschen Städtelages für die Gemeinden aufgestellten Städteprogramm vom Präsidenten Dr. Mulert begründeten Sparprogramm Stellung genommen. Der Bundesvorstand sieht in den Vorschlägen des Vorstandes des Deutschen Städtelages zwar eine Folge der seit längerer Zeit vom Reich geübten Abwälzung sozialer Verpflichtungen auf die Länder und Gemeinden, könne aber den Vorschlägen trotzdem nicht zustimmen. An dem grundsätzlichen Recht der Kriegsopfer für gehobene Fürsorge der Bundesvorstand um so weniger rütteln lassen, als durch weitgehenden Abbau der Kriegsopferfürsorge und Anrechnung der Renten auf die beizulassen Unterstützung die Not unter den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen schon in vielen Fällen in ins Unerträgliche gesteigert worden sei. Nach den gegenwärtigen Notverordnungen nun auch noch den Anspruch auf angemessene Fürsorge zu unterbinden, würde ein völliges Abdrücken der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge auf den Stand der alten Armenfürsorge bedeuten. Der Bundesvorstand des Reichsbundes erklärt, müsse an der unerlässlichen Pflicht der Träger der öffentlichen Fürsorge festhalten, im besonderen eine ausreichende Heilfürsorge für die Kriegshinterbliebenen und eine ausreichende Jugend- und Berufsfürsorge für die Kriegsopfer, waisen und Kinder Kriegsbeschädigter sicherzustellen. Er müsse deshalb die Vorschläge des Deutschen Städtelages als Einschränkung der öffentlichen Fürsorge unter allen Umständen ablehnen.

— Neue Generalarmeinrichtung. Im Tätigkeitsbereich der II. Kompanie unserer freiwilligen Feuerwehr Waldenburg im Stadtteil rechts der Mulde soll eine neue Alarm- und feuerliche Auffstellung finden, die der Wehr von einem Geschenk zum Geschenk gemacht worden ist. Die neue Sirene wird morgen, wie auch aus dem Anzeigenteil heute hervorgeht, an verschiedenen Plätzen des Stadtteils ausprobiert werden, wodurch den günstigsten Aufstellungspunkt zu finden, von wo aus sie dann überall gehört werden kann. Durch dieses Geschenk, das die Wehr mit großer Freude empfangen hat, wird die Schlagfertigkeit der II. Kompanie noch weiter gesteigert. Hoffentlich ist es ihr vergönnt, auch recht bald ein Motorspritze ihr Eigen nennen zu können.

— Ein Unfall ereignete sich am Dienstag beim Straßenbau am Callenberger Berg, der glücklicherweise ohne Schaden für die Beteiligten ausging. Durch den Zusammenstoß waren die Schienen schlüpfrig geworden, sodas die Lokomotive mit der Zugmaschine ins Rutschen kam und die führenden Schienen herunterraste. Dabei sprangen die Lokomotive aus den Schienen und die schwere Lokomotive stürzte über einen Hang ab. Der Maschinenführer besaß die Hand gegenwart, beim Sturz das Wasserstandsglas mit der Hand und die Feuerungsstür mit dem Fuße zuzufassen, so daß er dann heil aus der Maschine herausklettern konnte und lediglich nur einen tüchtigen Schreck davongetragen hatte. Die Aufgleisung der Maschine nahm den ganzen gestrigen Tag in Anspruch.